

Frage 339

(Mittlerückgabe bei den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe)

Bommert (CDU):

Ein zentrales Instrument der Regionalpolitik in Deutschland ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen

Wirtschaftsstruktur“. Brandenburg erhält für das Jahr 2010 aus der Gemeinschaftsaufgabe mehr als 90 Millionen Euro seitens des Bundes. Davon werden unter anderem Investitionen und infrastrukturelle Maßnahmen im Land gefördert.

Ich frage die Landesregierung: Wird das Land Brandenburg in diesem Jahr Mittel aus der GRW an den Bund zurückgeben?

Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten

Heidemanns:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bommert, ich kann die Frage heute nicht abschließend beantworten. Wir sind noch nicht am Jahresende. Die Prognose mit Stand vom 30. August 2010 lässt gemessen an dem Haushaltsansatz von 181 Millionen Euro Minderausgaben in Höhe von 15 Millionen Euro, 7,5%-Landes- und 7,5%-Bundesanteil, erkennen. Eine erste Prognose wurde Mitte des Jahres erstellt; sie ging von einem Delta von 30 Millionen Euro aus. Daraufhin haben wir mit der ILB, die der Geschäftsbesorger in diesem Bereich ist, gesprochen, und dann ist das passiert, was jedes Jahr um diese Zeit passiert: Man betrachtet die Daten genauer, es gibt Ansprachen an Investoren, es wird geprüft, ob Maßnahmen vorgezogen werden können, und man geht der Abweichung zwischen Soll und Ist auf den Grund.

Allein dieser Prozess, den wir zur Jahresmitte angestoßen haben, hat dazu geführt, dass sich im Zeitraum von Ende Juni bis Mitte August die erwartete Minderausgabe um die Hälfte verringert hat.

Betrachtet man den aktuellen Stand im Jahresvergleich, stellt man fest, dass es keine untypische Situation ist. Ich habe mir die Zahlen der letzten zehn Jahre vorgenommen. Es gab Jahre,

in denen am Jahresende Überschreitungen der Ausgaben zu verzeichnen waren - das ist eher selten -, und Jahre, in denen wir am Jahresende Minderausgaben konstatierten. Im Jahr 2005 beliefen sich die Minderausgaben auf 55 Millionen Euro, im Jahr 2003 auf 43 Millionen Euro und im letzten Jahr auf 10 Millionen Euro.

Wir bewegen uns im Moment in einem eher unauffälligen Rahmen. Das ist insofern bemerkenswert, als zwei nicht einfache Jahre hinter uns liegen, Stichwort Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Sie führte in einzelnen Fällen dazu, dass geplante Investitionen, für die es auch schon Förderbescheide gab, zurückgestellt, verkleinert, verändert wurden. Das ist der Hauptgrund dafür, dass es zu solchen Abweichungen kommt. Die Steuerung erfolgt in jedem Jahr über Förderbescheide, die auf der Grundlage von Verpflichtungsermächtigungen erstellt werden. Was in jedem Jahr tatsächlich abläuft, hängt davon ab, ob die Investition wie geplant durchgeführt wird, ob sie überhaupt durchgeführt wird, ob sie verändert wird. Daneben spielt das Controlling eine Rolle, also ob die Rechnungen dem ursprünglichen Antrag entsprechen und die Maßnahmen vollumfänglich förderfähig sind.

Zusammenfassend würde ich sagen: Es ist derzeit eine unauffällige Entwicklung. Wir arbeiten daran, dass wir das Delta von derzeit 15 Millionen Euro weiter verengen. Die Entwicklung der letzten Wochen lässt darauf schließen, dass eine Verbesserung möglich ist. Wir stehen wöchentlich mit der ILB in Kontakt. Ich habe auch an der letzten Teamleitersitzung der ZAB teilgenommen und dort dafür geworben, dass sie ihre Kontakte nutzen, die uns bekannten Investoren, die Förderbescheide erhalten, anzusprechen und zu prüfen, ob es Förderprojekte gibt, die unterjährig bewilligungsfähig sind, also kleine Projekte im mittelständischen Bereich. Da wir sehen, dass noch ein kleiner Teil Kassenmittel frei ist, sollten Investoren motiviert werden, für die nächsten Jahre geplante Investitionen vorzuziehen. Wir arbeiten daran. Ich kann dem Wirtschaftsausschuss im November aktuelle Informationen geben. Das dürfte zweckmäßig sein. Bis dahin sollten wir die Entwicklung weiter beobachten.